



Presseschau vom 19.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: **Dammbbruch in Sibirien – Mehr als ein Dutzend Tote, über 40 Verletzte**

Bei einem Dammbbruch in der sibirischen Region Krasnojarsk in Russland sind mehr als ein Dutzend Menschen ums Leben gekommen. Das gab eine Sprecherin vom Katastrophenschutzministerium des Landes vor der Presse bekannt.

Zum Zwischenfall kam es in der Nacht auf Samstag um zwei Uhr (Ortszeit; 21.00 Uhr MESZ) unweit des Dorfes Schtschetinkino am Fluss Sejba, rund 250 Kilometer von der Hauptstadt der Region, Krasnojarsk, entfernt. Der zu einer Goldmine gehörende Staudamm brach. Die Fluten erfassten zwei provisorische Wohngebäude der dort beschäftigten Arbeiter. „13 Menschen sind ums Leben gekommen“, hieß es von der Behörde.

Nach ihren aktuellen Informationen bleibt das Schicksal von 13 Menschen unklar. Darüber hinaus erlitten 44 Personen Verletzungen.

Die Tragödie sei vorläufigen Angaben zufolge durch die Abnutzung des Dammkörpers verursacht worden, so ein Behördensprecher gegenüber Sputnik.

Wegen möglicher Verstöße gegen Sicherheitsregeln bei den Arbeiten wurde eine Ermittlung eingeleitet. Nach vorläufigen Angaben des Ermittlungskomitees könnten sich in den überfluteten Gebäuden bis zu 80 Menschen befinden.

Das Katastrophenschutzamt teilte früher mit, dass rund 270 Menschen und ungefähr 50 Ausrüstungsgegenstände, darunter auch Fliegerkräfte, vor Ort im Einsatz seien. Eine 200 Mann starke Luftgruppe sowie fünf Hubschrauber Mi-8 und Mi-26 des Sibirischen Rettungszentrums seien mobilisiert worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32587/89/325878942.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Frunse**.

Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: „**Auch im militärischen Sinne**“: Medwedew über Russlands Reaktion auf grenznahe Nato-Militärbasen

Die Pläne der Nato, ihre Stützpunkte in unmittelbarer Nähe zu Russland aufzustellen, stoßen bei der russischen Regierung auf kein positives Echo. Moskau werde sowohl politisch, als auch „im militärischen Sinne“ reagieren, sagte der russische Premierminister Dmitri Medwedew im Interview mit der serbischen Zeitung „Večernje novosti“.

„Niemand bestreitet die Tatsache, dass Moskau auch Interessen hat, die mit der Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit zu tun haben“, meinte er.

Ferner äußerte der Premier, dass Russland ein „großes Land“ und eine Atommacht sei, und dass der „Wunsch der Nato, ihre Militärbasen eine nach der anderen überall in unserer unmittelbaren Nähe aufzustellen“ bei der Regierung keine positiven Emotionen auslösen könne.

„Wir haben immer darauf reagiert und werden darauf reagieren – sowohl politisch, als auch im militärischen Sinne“, sagte er in einem Interview mit der serbischen Zeitung „Večernje novosti“ kurz vor der Visite in der serbischen Hauptstadt Belgrad.

Medwedew wird am 19. Oktober auf Einladung des serbischen Präsidenten, Aleksandar Vučić, Belgrad besuchen. Dort plant er, an den Festlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung Belgrads teilzunehmen und Gespräche mit führenden Personen der serbischen Republik zu führen.

Am 5. September hatte der litauische Präsident Gitanas Nausėda betont, dass die stationierten Nato-Kräfte nicht ausreichen würden, um Russland einzudämmen. Ihm zufolge stellt das russische Militär in der Region Kaliningrad eine Gefahr für die Sicherheit Litauens dar.

Darüber hinaus fand an der Grenze Russlands vom 27. September bis zum 3. Oktober in Lettland das Nato-Manöver „Silver Arrow 2019“ (dt. „Silberpfeil“) statt. Daran nahmen mehr als 3000 Mann und 200 Technischeinheiten aus zwölf Nato-Ländern teil.

Im Herbst hat die Nato traditionell ihren Einfluss im Baltikum erweitert, wo große militärische Kontingente der Mitgliedstaaten der Allianz zur „Abschreckung Russlands“ stationiert sind.

Moskau betonte wiederholt, dass Russland niemals ein Nato-Land angreifen würde. Laut dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, weiß die Nato sehr wohl, dass Moskau keine Angriffspläne schmiedet. Allerdings würden sie diese Ausrede benutzen, um mehr Technik und Bataillons an die russische Grenze zu bringen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32267/34/322673435.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Oktober 3:00 Uhr bis 19. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 38. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo), Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Dokutschajewsk, Leninskoje, Besymennoje, Dsershinskoje, Kominternowo, Sachanka.** Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge des Beschusses der BFU auf Sajzewo folgende Schäden festgestellt:

- Jessenin-Straße 34, 43 (jeweils die Fensterverglasung beschädigt).

Außerdem wurden infolge des Mörserbeschusses auf Kominternowo direkte Treffer an folgenden Adressen festgestellt:

- Achmatowa-Straße 15, 18.

Darüber hinaus haben die BFU das Feuer auf Dokutschajewsk eröffnet, dabei gab es folgende Schäden.

- Lenin-Straße 104, Wohnung 16; Lenin-Straße 112, Wohnung 21 (jeweils die Fensterverglasung beschädigt).

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 522.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 242.

Ab 01:01Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **90 Verletzte bei Krawallnacht in Katalonien**

Bei den andauernden Protesten in Katalonien ist die Gewalt am Freitag eskaliert. Demonstranten lieferten sich Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Landesweit gab es mindestens 90 Verletzte.

Mindestens 90 Menschen sind nach Angaben der Ärzte am Freitag bei Protesten in Katalonien verletzt worden. In Barcelona, aber auch in Lleida, Tarragona und Girona kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Unabhängigkeitsbefürwortern und der Polizei.

Die Proteste richten sich gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts, prominente katalanische Politiker wegen „Aufruhrs“ mit bis zu 13 Jahren Haft zu bestrafen. Seit dem Urteil vom Montag wurden bei Protesten in Katalonien rund 650 Menschen verletzt, darunter 200 Sicherheitskräfte. Rund 130 Demonstranten wurden festgenommen.

Am Freitag legte ein Generalstreik das öffentliche Leben in der Region lahm. In Barcelona nahmen Tausende Menschen an einer Demo teil. Protestler errichteten Barrikaden, Radikale bewarfen die Polizei mit Steinen und Flaschen, Randalierer schlugen Schaufenster ein und legten Feuer. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer ein.

Die Polizei meldete 31 Festnahmen. Videos im Internet dokumentieren, dass sowohl die Sicherheitskräfte als auch Demonstranten hart gegen Journalisten vorgehen. Am Samstagmorgen hat sich die Lage wieder etwas beruhigt, wie ein Sputnik-Korrespondent berichtet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32587/90/325879015.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Kongressmitglieder: Ukrainisches „Asow“ soll als Terrororganisation anerkannt werden**

Der Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses und Demokrat Max Rose sowie andere Kongressmitglieder haben das Außenministerium des Landes aufgefordert, das ukrainische Regiment „Asow“ in die Liste ausländischer Terrororganisationen aufzunehmen.

Die Forderung wurde in einem auf Roses offizieller Webseite veröffentlichten Schreiben vom 16. Oktober an Außenminister Mike Pompeo formuliert.

Darin wiesen die Politiker auf die Gefahr hin, die die Vorherrschaft der Weißen verfechtende Terroristen in sich bergen würden, und rief die Angriffe in Halle und im neuseeländischen Christchurch in Erinnerung. Das US-Außenamt verfüge über eine Liste mit ausländischen Terrororganisationen. Allerdings gebe es „zahlreiche Beispiele für ausländische Gruppen weißer Nationalisten“, die den Kriterien der Behörde entsprächen und trotzdem nicht in die Liste aufgenommen worden seien.

„Beispielweise ist das ‚Asow‘-Regiment eine bekannte ukrainische ultranationalistische Miliz, die Neonazis offen in ihren Reihen willkommen heißt“, heißt es im Schreiben.

Keine US-Waffen für „Asow“

Die Gruppe sei so bekannt, dass der Kongress der Vereinigten Staaten 2018 verboten habe, dem Regiment amerikanische Waffen zu übergeben. Die Uno habe in der Geschichte der Gruppe Menschenrechtsverletzungen und Folterfälle registriert.

„Trotz dieser Fakten hat ‚Asow‘ laut dem Bundesnachrichtendienst FBI seit Jahren amerikanische Bürger rekrutiert, radikalisiert und geschult“.

Zusammenhang mit Attentaten in den USA

Der Schütze von Christchurch sei eigenen Angaben zufolge vom Regiment ausgebildet worden. Die Attentäter von Poway (US-Bundesstaat Kalifornien) und El Paso (US-Bundesstaat Texas) hätten angegeben, von dem Terrorangriff in Christchurch direkt beeinflusst worden zu sein.

„Der Zusammenhang zwischen ‚Asow‘ und Terrorakten in Amerika ist klar“, so die Politiker. Es sei an der Zeit, die „Gefahr, die von gewalttätigen Extremisten, die die Vorherrschaft der Weißen verfechten, ausgeht, ernster zu nehmen“.

Anschläge in Deutschland, den USA und Neuseeland

Zu den größten Angriffen auf Synagogen in letzter Zeit zählen das Attentat in Halle vom 9. Oktober, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen und zwei weitere verletzt wurden, sowie die Schießerei im April 2019 in Poway, wo der Täter einer Frau das Leben nahm.

Im August war es in einer „Walmart“-Supermarktfiliale in El Paso zu einer Schießerei mit 22 Toten gekommen. Bei dem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch waren Mitte März 51 Menschen getötet und Dutzende verletzt worden.

„Asow“

„Asow“ ist eines der sogenannten ukrainischen Freiwilligen-Bataillone, die privat finanziert wurden. Es nahm an den Kampfhandlungen im Rahmen der von Kiew erklärten Anti-Terror-Operation (ATO) gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass teil. Später verboten die ukrainischen Behörden illegale Militäreinheiten im Land. Daraufhin bot das Verteidigungsministerium den Freiwilligen-Bataillonen an, der ukrainischen Armee beizutreten.

Das russische Ermittlungskomitee hatte ein Strafverfahren gegen Kämpfer des „Asow“-Regiments wegen Entführung, Misshandlung sowie Einsatzes von unzulässigen Mitteln und Methoden der Kriegführung eingeleitet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32153/24/321532402.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Nach Protesten in Santiago: Chiles Präsident verhängt Ausnahmezustand**

Nach schweren Ausschreitungen wegen U-Bahn-Fahrpreiserhöhungen in der chilenischen

Hauptstadt Santiago hat der Präsident des Landes Sebastián Piñera den Ausnahmezustand in mehreren Regionen des Landes ausgerufen. Das verkündete der Staatschef in einer Fernsehansprache, die als Video auf Twitter veröffentlicht wurde.

Die ersten Proteste waren der Nachrichtenagentur France-Presse zufolge vor knapp einer Woche mit Inkrafttreten der Fahrpreiserhöhung von 800 auf 830 Pesos (1,04 Euro) ausgebrochen – umgerechnet eine Erhöhung von vier Euro-Cent. Im Januar hatte es bereits eine Preiserhöhung um 20 Pesos gegeben.

Proteste

Zunächst wurden hunderte Schüler und Studenten mit Sprüngen über die Drehkreuze zu Schwarzfahrern, später entwickelten sich in der chilenischen Hauptstadt Protestkundgebungen.

In verschiedenen Stadtteilen errichteten Demonstranten Barrikaden, es gab Zusammenstöße mit der Polizei. Diese setzte Wasserwerfer und Tränengas ein.

Brände in der U-Bahn

Die Feuerwehr musste wiederholt ausrücken, weil Brandstifter in mehreren U-Bahn-Stationen schwere Schäden angerichtet hatten. Die Verwaltung der Metro stellte daraufhin am Freitagabend den gesamten U-Bahnverkehr auf dem etwa 140 Kilometer langen Streckennetz ein. Die Sperrung soll demzufolge das ganze Wochenende dauern.

„Die Maßnahme ist wegen ernster Schäden getroffen worden, durch die den Passagieren und Mitarbeitern nicht einmal ein Minimum an Sicherheit gewährleistet werden kann“, twitterte die Gesellschaft am Freitag.

Ausnahmezustand ausgerufen

Präsident Piñera sprach am Freitagabend (Ortszeit) von „ernsten und wiederholten Angriffen“ auf die U-Bahn in der chilenischen Hauptstadt. Sie „behindern die Freiheit der Bewegung und haben die öffentliche Ordnung wesentlich gestört“.

Der Ausnahmezustand wurde in den Provinzen Santiago und Chacabuco sowie in den Gemeinden Puente Alto und San Bernardo verhängt. Der Präsident gab darüber hinaus bekannt, dass er eine Arbeitsgruppe zur Besprechung von Fahrpreiserhöhungen bilden werde. In einem Radio-Interview bezeichnete er die Demonstranten als Straftäter.

„Dieser Drang, alles kaputt zu machen, ist kein Protest, das ist kriminell“, zitiert die AFP den chilenischen Staatschef.

Am Donnerstag waren laut der Agentur 133 Menschen wegen Schäden in U-Bahnstationen, die sich umgerechnet auf rund 630.000 Euro belaufen, festgenommen worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32588/00/325880020.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojschenko mit Schützenpanzerwaffen das Gebiet von **Frunse** beschossen und sieben Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es nicht....

de.sputniknews.com: **So reagiert Russland auf informationelle Aggression – Sacharowa**
Laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa findet weltweit eine informationelle Aggression gegen Russland statt – jedoch hat das Land gelernt, darauf zu reagieren.

„Ich glaube, dass wirklich eine informationelle Aggression im Gange ist. Zu hundert Prozent. Unsererseits sehe ich nicht die gleichen informationellen Angriffe auf irgendjemanden. Erstens war dies eigentlich nicht die Aufgabe. Ich habe nie gesehen, dass wir etwas Schlechtes für jemanden im Informationsbereich getan haben, nur weil wir es so wollen. Ja, wir antworten immer. Wir haben gelernt, das zu machen“, sagte Sacharowa zu den Teilnehmern des dritten Allrussischen Patriotischen Internationalen Jugendcamps „Pokolenije“ (dt. „Generation“), das von 16. bis 21. Oktober im Moskauer Gebiet stattfindet. „Im Informationsbereich werden wir ständig angegriffen, immer werden aggressive Aktionen im Cyberraum gegen uns ausgeübt. Aber ich bin nicht sicher, ob das ein Krieg ist, wenn sich einer verteidigt. Ich bin nicht sicher, ob dies ein Krieg ist“, fuhr sie fort.

Wäre ein Informationskrieg gegen Russland geführt worden, wäre Moskau gezwungen gewesen, anderen Ländern auf gleiche Weise zu antworten, aber Russland befasse sich in keiner Richtung damit.

Die Situation um die russischen Massenmedien im Westen hat sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt. Das Europäische Parlament beschloss im November vorigen Jahres eine Resolution, die zum Widerstand gegen russische Massenmedien aufruft. Als Hauptbedrohungen werden darin Sputnik und RT erwähnt.

Etliche Politiker im Westen, darunter US-Kongressmitglieder und der französische Präsident, Emmanuel Macron, haben Sputnik und RT der Wahleinmischung in den USA und in Frankreich beschuldigt, jedoch keinerlei Beweise dafür vorgebracht. Offizielle Vertreter Russlands haben diese Äußerungen als haltlos zurückgewiesen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32414/14/324141437.jpg>

de.sputniknews.com: **„Wird in die Lehrbücher eingehen“: Sacharowa zu Trumps Brief an Erdogan**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die stilistischen

Besonderheiten des Schreibens kommentiert, das US-Präsident Donald Trump an seinen türkischen Amtskollegen angesichts des Militäreinsatzes von Ankara in Nordsyrien gerichtet hatte.

„Dieser Stil des Korrespondenzgenres wird in die Lehrbücher für internationale Diplomatie oder für internationale Beziehungen eingehen, aber so ist der Stil der Vereinigten Staaten von Amerika, der Stil ihres politischen Systems, der Stil ihres Verhaltens den Partnern gegenüber“, sagte sie gegenüber dem russischen TV-Sender NTV.

Trump hatte Erdogan am 9. Oktober einen Brief geschrieben, in dem er Ankara zu einer friedlichen Lösung und zu einem „guten Deal“ mit den Kurden aufruft. Am selben Tag hatte Erdogan jedoch die Offensive im Norden Syriens gegen die syrisch-kurdischen Milizen YPG in Nordsyrien eingeleitet.

Nach Angaben der türkischen Medien lehnte Erdogan das Schreiben kategorisch ab und warf es in den Abfalleimer.

Später äußerte der türkische Staatspräsident, Trumps Schreiben habe „nichts mit Höflichkeit zu tun“. Allerdings erlaube es der gegenseitige Respekt nicht, „diese Frage auf der Tagesordnung zu lassen“.

Mehrere westliche Länder, darunter auch die USA, verurteilten den türkischen Militäreinsatz „Friedensquelle“ im Norden Syriens, der offiziell gegen die in der Türkei verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gerichtet ist.

Dennoch zog Washington seine Truppen aus der Region ab und brachte damit seine langjährigen Verbündeten, kurdische Milizen, um seine Unterstützung.

Die Regierung in Damaskus bezeichnete die türkische Militäroperation als eine Aggression und schickte seine Truppen in den Norden des Landes, um die türkische Armee abzuwehren.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.10.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **38-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Strafruppen Schapowalows aus der 59. Brigade **Sajzewo (jushnoje)** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschlusses wurden folgende Wohnhäuser beschädigt: Jessenin-Straße 3, 34, 34a und Karbyschew-Straße 63 und 67.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer unter Führung Kokorjews aus der 92., Martschenkos aus der 28. und Iwanows aus der 56. Brigade die Gebiete von **Spartak, Dokutschajewsk, Alexandrowka, Trudowskije, Staromichajlowka** sowie das **Gelände des „Volvo-Zentrums“ und des Flughafens von Donezk** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Während des Beschlusses auf Dokutschajewsk wurden zwei Häuser beschädigt: Lenin-Straße 104 und 112.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade und Korostylews aus der 128. Brigade das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Kominternowo, Leninskoje, Besymennoje, Dsershinskoje** und **Sachanka** eröffnet.

Infolge des Beschlusses von Kominternowo wurden zwei Häusern in der Achmatowa-Straße 15 und 18 beschädigt.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 522 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **fünf Mal das Feuer** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Dolomitnoje, Leninskoje, Kominternowo** und die **Siedlung des**

Trudowskaja-Bergwerks in Donezk eröffnet.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

In den letzten 24 Stunden betrogen die nicht kampfbedingten Verluste des Gegner einen Toten und einen Verletzten.

Im Gebiet von Marjinka ereignete sich bei der Durchführung von technischen Arbeiten zur Einrichtung von Minensperren bei der Verletzung von Sicherheitsanforderungen die Detonation einer Mine, dabei starb ein Kämpfer des 3. Bataillons der 28. Brigade. Der sich in der Nähe befindende Soldat Kowalenko versuchte erste Hilfe zu leisten, aber geriet auch auf eine Mine. Er wurde in ernstem Zustand in eine medizinische Einrichtung in Krasnogorowka mit einem durch die Explosion abgerissenen Fuß eingeliefert.

Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden sozialpolitischen Lage innerhalb des Landes hat der Verteidigungsminister Sagorodjuk ein **Verbot ausgesprochen, Soldaten während des Zeitraums der Trennung von Kräften und Mitteln an den Trennungsabschnitten Petrowskoje und Solotoje Urlaub zu gewähren.** Außerdem um die Beteiligung von Kämpfern der BFU an Protestaktionen zu unterbinden, die von Mitkämpfern Poroschenkos gegen die „Friedensinitiativen Selenskij“ vorbereitet werden, und um die gesetzwidrige Ausfuhr von Waffen und Munition aus der OOS-Zone zu verhindern.

Das „Pro-Poroschenko“-Kommando der Besatzungskräfte seinerseits führt weiter Maßnahmen durch, um die Trennung von Kräften und Mitteln an der Kontaktlinie zu verhindern. Nach Informationen unserer Aufklärung vergrößert sich, neben den Nationalisten, auch die Zahl der Kämpfer der 128. und 36. Brigade, die dem Trennungsprozess gegenüber negativ eingestellt sind. Uns wurde bekannt, warum die Besatzer meinen, dass Soldaten der Volksmiliz der DVR nach dem Abzug ihre Positionen einnehmen würden.

Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodalj stellte den Kommandeuren der 128. und 36. Brigade Korostalew und Gnatow die Aufgabe, alle Anstrengungen einzubringen, um verdeckt den bevorstehenden Trennungsprozess zu sabotieren. Im Zusammenhang damit wurde in den genannten Einheiten die Arbeit von Gruppen zur moralisch-psychischen Betreuung organisiert. Die für politische Arbeit zuständigen stellvertretenden Kommandeure der 128. und der 36. Brigade führen im Rahmen von Offiziersgruppen eine planmäßige Arbeit mit jedem Soldaten, vom einfachen bis zum Unteroffizier, durch, um die Unzulässigkeit der Trennung von Kräften und Mitteln an der Kontaktlinie zu erklären und legen dabei den Hauptakzent darauf, dass Selenskij nicht versteht was er tut, und dass die Einzigen die daran etwas ändern können, sie wären.

Außerdem hat der Kommandeur der taktischen Gruppe für informationspsychologische Operation des Stabs der OOS Major Kolomijskij die Aufgabe erhalten, inszenierte Videoreportagen zu erstellen, um die Einheiten der Volksmiliz der DVR des Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen. Im Zusammenhang damit haben die Pressedienste der 36. und der 128. Brigade die Arbeit ukrainischer Massenmedien „1+1“ und „ICTV“ organisiert und den Kämpfern befohlen, provokativen Beschuss durchzuführen. Noch weiter verschlechtert sich die Situation durch die Anwesenheit einer großen Zahl von Radikalen in den Einheiten der 128. und der 36. Brigade, die zuvor Dienst in der nationalistischen Gruppierung „Asow“ getan haben, die die klarsichtige Weltgemeinschaft fordert als terroristische Organisation wie „IS“ anzuerkennen, da sie weiß, dass solche ukrainischen Formationen eine Gefahr, nicht nur für die Ukraine, sondern für alle Länder der zivilisierten Welt, darstellen.

de.sputniknews.com: **Das Geld ist knapp: Rolltreppen im UN-Hauptquartier abgeschaltet – Medien**

Die Vereinten Nationen leiden unter Geldmangel. Nach Angaben des TV-Senders One

America News wurde bereits ein Teil der Rolltreppen im UN-Hauptquartier aus wirtschaftlichen Gründen abgeschaltet.

„Die Uno gibt an, dass die Organisation mit dem größten Geldmangel seit mehr als einem Jahrzehnt konfrontiert ist. Sie hat bereits vor Ende dieses Jahres damit begonnen, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Nichtzahlung von Gehältern und die Nichterfüllung anderer Verpflichtungen zu verhindern“, meldet der Sender.

Auch der amtliche Sprecher des Generalsekretärs der Organisation, Stephane Dujarric, sprach über Kostensenkungsmaßnahmen:

„Wir versuchen, Geld zu sparen, wo immer dies möglich ist. Wie Sie bereits gesehen haben, haben wir die Rolltreppen im Gebäude abgeschaltet und die Temperatureinstellungen der Klimaanlage erhöht. Wir sparen mit allen verfügbaren Mitteln. Und wenn wir in diesem Jahr keine solchen Maßnahmen ergriffen hätten, hätten wir die Generalversammlung wahrscheinlich nicht abhalten können“.

Bemerkenswert ist, dass die Rolltreppen für Besucher abgeschaltet wurden, während die für die Diplomaten vorgesehenen weiterhin funktionieren.

Laut dem TV-Sender beabsichtigen die US-Behörden, eine Überprüfung des Anteils Washingtons am UN-Haushalt zu erreichen.

Die Uno sieht sich mit der größten Geldkrise der letzten zehn Jahre konfrontiert. Der Grund: Die Vereinigten Staaten haben zu wenig in den Haushalt der Organisation eingezahlt.

Die Maßnahmen des Generalsekretärs António Guterres

Am 10. Oktober schickte Uno-Generalsekretär António Guterres an alle Strukturen der Organisation einen Brief, in dem über die Extremmaßnahmen unterrichtet wird, die infolge der Geldkrise beschlossen wurden.

Unter anderem ist von „offiziellen Dienstreisen“ die Rede, „die auf die wichtigsten beschränkt sein werden“. In dem Schreiben wird außerdem dazu aufgerufen „alle außerplanmäßigen Ausgaben soweit wie möglich zu reduzieren“.

Guterres erwähnte insbesondere, den Kauf von Waren und Dienstleistungen kurzfristig zu verschieben, und andere Maßnahmen zu ergreifen, um Strom zu sparen.

Außerdem werden laut dem Dokument ab 14. Oktober die Räume der Uno nicht mehr für Veranstaltungen gebucht, die außerhalb der Öffnungszeiten und am Wochenende stattfinden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32557/05/325570552.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **In der katalanischen Hauptstadt Barcelona gehen am Samstag die heftigen Proteste weiter.** Sie richten sich gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts,

prominente katalanische Politiker wegen „Aufruhrs“ mit bis zu 13 Jahren Haft zu bestrafen. Mindestens 90 Menschen waren nach Angaben der Ärzte am vergangenen Freitag bei Protesten in Katalonien verletzt worden. Die Demonstranten lieferten sich Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften.

Protestler errichteten Barrikaden, Radikale bewarfen die Polizei mit Steinen und Flaschen, Randalierer, schlugen Schaufenster ein und legten Feuer. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer ein.

Seit dem Urteil vom Montag wurden bei Protesten in Katalonien rund 650 Menschen verletzt, darunter 200 Sicherheitskräfte. Rund 130 Demonstranten wurden festgenommen.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Nach uns vorliegenden Informationen ist die **Situation im Verantwortungsbereich der 92. Brigade außer Kontrolle des Kommandos der Besatzungskräfte** geraten. Nach einem

Besuch des Vorsitzenden der nationalistischen Organisation „UDA“ D. Jarosch in der 92. Brigade haben sich die Kämpfer in zwei Lager aufgespalten. Nach Informationen unserer Aufklärung sind in dem Verband Fälle von offener Nichtunterordnung und nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen festzustellen.

Heute haben unsere Beobachter ein **Gefecht im Gebiet von Awdejewka** auf den Positionen des 2. Bataillons der 92. Brigade zwischen Anhängern Selenskis und Radikalen, die irgendwann einmal auf Seiten der Banden „Asow“ und „Rechter Sektor“ gekämpft haben, festgestellt. Neben ungeordnetem Feuer mit Schusswaffen wurde der Einsatz von Antipanzergranatwerfern festgestellt. Das sogenannte freundschaftliche Feuer wurde 30 Minuten lang beobachtet. Ergebnis des Feuers war der Brand eines Unterstands, der von Detonationen von Munition und dichtem Rauch begleitet war. Wir schließen nicht aus, dass der Gegner Verluste hatte. Ukrainische Freiwillige verbreiten die Informationen von drei toten und fünf verletzten Soldaten der 92. Brigade.

de.sputniknews.com: **Merkel telefoniert mit Putin: Ukraine im Mittelpunkt**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in einem Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über den Ukraine-Konflikt und die Vorbereitungen für ein Treffen des Normandie-Quartetts gesprochen.

„Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Vorbereitungen für ein baldiges Gipfeltreffen im Normandie-Format“, teilte der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, am Samstag mit.

Einen Termin für den Gipfel gibt es noch nicht. Beide berieten demnach auch über die Lage in Syrien und Libyen sowie über die laufenden Verhandlungen zur Fortführung des Gastransits durch die Ukraine.

Vom Normandie-Format im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt wird gesprochen, wenn sich Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland gemeinsam um eine politische Lösung bemühen. Die Bezeichnung geht auf ein Treffen Merkels und des damaligen französischen Staatschefs François Hollande mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem damaligen ukrainischen Kollegen Petro Poroschenko im Juni 2014 in der Normandie zurück.

Das Telefongespräch fand am Samstag, den 19. Oktober, statt und wurde auch im Kreml bestätigt.

„Ich bestätige das Gespräch“, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.